



#saytheirnames



140qm Kampf gegen den Normalzustand

Von Hanau sollte nicht nur Anteilnahme und Trauer bleiben, sondern Wut und der Impuls für einen politischen Aufbruch zu einer Gesellschaft, in der wir alle ohne Angst leben können. Das Ladenlokal der *Initiative 19. Februar* möchte dazu beitragen. Von Karin Zennig

Kommt man herein, ist immer jemand da. Oft gibt es Treffen, Leute sitzen in unterschiedlichen Ecken und reden, machen sich einen Tee, überarbeiten einen Text, diskutieren eine Idee, tauschen sich über die Erlebnisse und ihr Befinden während der vergangenen Tage aus. Zu Anlässen wie dem Jahrestag neulich ist der Laden voller Leben, drei Kamera- oder Presseteams arbeiten in und vor dem Laden gleichzeitig, während andere Menschen den nächsten social media post vorbereiten oder an einer Abrechnung sitzen.

Wir sprechen von der Krämerstraße 24 in Hanau, dem Ladenlokal der *Initiative 19. Februar*, die sich nach dem rassistischen Mordanschlag vor mittlerweile über einem Jahr in Hanau gegründet hat.

Den Laden gibt es seit Anfang Mai 2020. Er ist zum Dreh- und Angelpunkt für die Arbeit der Initiative geworden. In ihm kommen nicht nur Angehörige der Mordopfer, Überlebende und die Nachbarschaft zusammen, es treffen hier auch unterschiedliche politische Prozesse der letzten Jahre und Jahrzehnte aufeinander: von der Anti-Abschiebep Praxis über die Arbeit mit Geflüchteten auf Lesbos und entlang der Fluchtrouten bis zum *NSU Tribunal* und *Wellcome-united*. Er entstand und lebt von der Entscheidung Einzelner, ihr Leben radikal zu verändern und den bisherigen Kalender wegzuwerfen. Und von der Erfahrung, den Kontakten und Fertigkeiten eines Netzwerks, das dieser Entscheidung beispielsweise durch eine Spendenkampagne und Medienarbeit eine

finanzielle und öffentliche Materialität organisiert. Der Laden ist eine beispiellose räumliche Verdichtung sozialer und politischer Prozesse.

Auch die lokal enge Vernetzung beispielsweise mit dem *Autonomen Zentrum Metzgerstrasse*, der *Föderation Demokratischer Arbeitervereine e.V. (DIDF)*, dem *Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)* und der *Diakonischen Flüchtlingshilfe* bildet eine wichtige Voraussetzung dafür, Dinge schnell und unkompliziert auf die Beine stellen zu können.

Die Entstehung eines sozialen Raums

Die Arbeit der Initiative beginnt am Morgen nach dem Anschlag mit der Kontaktaufnahme zu allen Angehörigen und mit deren Unterstützung. Mit den Mahnwachen am Freitag und der Demonstration am Samstag, auf der auch bundesweit Betroffene und Angehörige anderer Anschläge sprechen, die die Taten miteinander in Verbindung setzen. Das ist der Ausgangspunkt für die Arbeit der Initiative. Es geht um nicht weniger als lückenlose Aufklärung, Gerechtigkeit, angemessene Erinnerung und politische Konsequenzen. Es geht darum, dass die Angehörigen und Überlebenden gehört werden und einen Raum zum Sprechen haben, es geht um die systematische Aufarbeitung der Tat in Hanau, die in einem gesellschaftlichen Kontext und einer Geschichte offenen und strukturellen Rassismus in Deutschland steht. Viele der Angehörigen haben formuliert, dass Hanau keine Überraschung war, sondern Station in

einer Kontinuitätskette rechter Gewalt von Mölln bis Halle, von Kassel nach Köln, von Celle bis Wächtersbach.

Die kurze Zeit später entstandene Idee eines Ladens folgte zum damaligen Zeitpunkt lediglich einer Intuition und bestätigt sich im Nachhinein als genial. Denn der Laden ermöglicht in ganz anderer und neuer Weise eine Auseinandersetzung der Betroffenen, Angehörigen und Überlebenden mit sich und untereinander, mit Politiker*innen und Öffentlichkeit, mit ihrer eigenen Trauer und ihren Forderungen. Durch Zufall ist es möglich, einen Ort in unmittelbarer Nähe eines der Tatorte in der Hanauer Innenstadt anzumieten. Der Raum ist damit auch direkt Erinnerungsort. Mindestens für die nächsten drei Jahre soll er hier auch Mahmal im öffentlichen Raum sein, denn es soll nicht vergessen werden.

Kurz nach dem Anschlag kommt Corona. In Hanau werden alle Einrichtungen geschlossen, alle Betreuung und Begleitung eingestellt. Das trifft auch die dreistellige Anzahl traumatisierter Menschen. Sie sind allein, auf sich gestellt, individualisiert.

Zu diesem Zeitpunkt gibt es den Laden noch nicht ganz oder schon ein bisschen. Es wird renoviert. Das Zusammenkommen miteinander vor und um den Laden bildet den Rahmen, um sich gegenseitig Halt zu geben. Nicht allein zu sein, nicht nur auf sich selbst zurückgeworfen zu sein. Ein sozialer Raum zwischen den Familien entsteht, in dem miteinander gesprochen wird, sich gegenseitig gestützt wird, im Reden Aufarbeitung stattfindet und Trost gefunden wird. Der Raum existiert, bevor er sich verräumlicht.

Der Laden als Raum der Sicherheit

Mit der Existenz des Ortes selbst bekommt der Prozess einen Schub. Der Laden wird zum Wohnzimmer, in dem man sich ein kollektives Moment der Aufarbeitung geschaffen hat. Das ist etwas, das Traumabearbeitung selten gelingt und das zur gegenseitigen Ermächtigung und Stärkung führt. Erinnern heißt verändern: Mit sich und der Trauer umgehen, Verbindungen suchen, Wut haben, sich artikulieren, sich organisieren, die Welt um einen herum verändern, dabei selbst wachsen.

Aber es ist nicht immer gleich viel Konjunktur vor Ort. Immer wieder gibt es Phasen, in denen sich einzelne oder viele der Angehörigen, Überlebenden, Betroffenen entfernen, wochenweise nicht anwesend sind, kaum Gespräche stattfinden. Sie werden abgewechselt von Phasen großer Intensität der gemeinsamen Arbeit, von Phasen der Einhelligkeit und Phasen der Auseinandersetzung. Vielleicht klingt es banal. Aber durch die Existenz dieses physischen Raumes gibt es die Möglichkeit, Nähe und Distanz, Geschwindigkeit und Intensität von Trauer, Aufarbeitung, politischer Bearbeitung, von Alleinsein und Zusammensein selbst bestimmen zu können. Der Laden ist da und bleibt da, auch wenn man selbst geht, es gibt etwas, zu dem

man immer zurückkommen kann. Nur auf der Grundlage dieser Gewissheit kann man

überhaupt gehen, loslassen, sein Verhältnis ändern; weil es einen Fixpunkt gibt.

Im Laden werden nicht nur große Fragen behandelt, es geht auch um anderes Wesentliches, um das Alltägliche, um Anträge und Behörden, um Briefe, um Wohnungen, um Lebensunterhalt: um die Frage, wie das Leben weitergehen soll.

Es gibt dort auch den Raum für strukturiertes Arbeiten, um beispielsweise offene Briefe an die hessische Landesregierung wegen ausbleibender beziehungsweise blockierter finanzieller Mittel zu formulieren. Es gibt Raum, Petitionen für einen Opferhilfsfonds für Opfer rechter Gewalt zu initiieren, da die hessische Regierung mitsamt SPD und FDP nur einen Opferhilfsfonds für Opfer allgemeiner Straftaten schaffen will – trotz der hessischen Zustände. Es gibt Raum für die akribische Recherche und Rekonstruktion der Tat, die man den Behörden eben nicht selbst überlassen kann und will. Es gibt Raum, Demonstrationen wie die vom 22.8.2020 zu organisieren und daraus in wenigen Stunden ein Ereignis zu machen, das in über 400.000 Wohnzimmern und bei knapp 100 dezentralen Aktionen auf den Plätzen anderer Städte zu hören ist, weil die gemeinsame Demonstration auf Grund von Corona abgesagt werden musste.

Der physische wie auch der im gemeinsamen Prozess entstandene politische Raum gibt auch Sicherheit. Weil man in ihm geschützt ist, ist es überhaupt erst möglich, sich auch mal zu streiten und dann wieder zusammen

Erinnern heißt verändern

zu finden. Dieses Rückgrat ermöglicht den Familien zu sagen, was sie sagen wollen, zurückzuweisen, anzuklagen oder sich darüber zu empören, was sie falsch finden und sich gegen Instrumentalisierung zur Wehr zu setzen. Sie sind keine Opfer, sie handeln.

Gleichzeitig ist es eine Herausforderung, den Laden zu einem Raum für alle zu machen. Es gibt nicht DIE Angehörigen. Sie wollen unterschiedliche Räume. Die verschiedenen Altersgenerationen von Betroffenen und Überlebenden haben nicht denselben Beat, nicht dieselbe Weise mit ihren Erlebnissen umzugehen, ziehen nicht dieselben Schlussfolgerungen.

Hanau ist überall

Dass Angehörige und Überlebende nicht nur sprechen, sondern auch gehört werden, ist weder ein Automatismus noch eine Selbstverständlichkeit, sondern etwas, was beispielsweise die Opfer des NSU oder der Brandanschläge in Mölln jahrelang einklagen mussten. Dass Hanau heute überall ist, ist auch ein Erfolg eben dieser Kämpfe. Hanau hat tatsächlich im öffentlichen Raum das Sprechen über Rassismus und die Rolle der Opfer rechter Gewalt geändert. Es wurde eingefordert und durchgesetzt, auch mit der Sichtbarkeit von *Black Lives Matter* und *Migrantifa* im Rücken.

Und gleichzeitig zeigt die Kette des Versagens von Behörden, Sicherheitsapparaten und Ämtern vor, während und nach der Tat beisspiellos, wie rassistisch der Normalzustand verblieben ist. Wie konsequenzlos alles Gesprochene auch ein Jahr danach verhallt. Ein Normalzustand, in dem migrantisches Leben kriminalisiert wird, in dem rassistische Stereotype handlungsleitend dafür sind, wer zum Problem gemacht wird, wer täglich von der Polizei kontrolliert wird, wer im Fadenkreuz von Ermittlungen steht und wer im Normalzustand abtauchen kann. Eine Normalität, in der Nazinetzwerke weitestgehend problemlos inner- und außerhalb der Staatsapparate agieren können, in dem Hetzreden weiterhin den öffentlichen Raum einnehmen können und damit Ermutigung und Zustimmung zu Gewalttaten sind. Hessen ist das Bundesland mit der höchsten Zahl an Todesopfern rassistischen und rechtsextremen Terrors. In Deutschland gab es seit 1990 mindestens 213 Todesfälle durch rechte Gewalt.

Das ist der politische Raum, in dem wir kämpfen müssen. Wir können uns dabei nicht auf staatliche Behörden oder Gerichtsurteile verlassen. Wir sind selbst auf der Straße. In Hanau, in Halle, in Aschaffen-

burg und Chemnitz, in Magdeburg und Flensburg. Wir sind überall. Wir verteidigen die Gesellschaft der Vielen. Unsere Arbeit in der Initiative und über sie hinaus ist ein Kampf für eine Gesellschaft, in der alle ohne Angst leben können. Sie ist ein Kampf gegen den Normalzustand.<

Karin Zennig *ist Aktivistin und engagiert sich in der Initiative 19. Februar seit ihrer Gründung durch Angehörige und Unterstützer*innen im März 2020.*